Peter Jahn / Florian Wieler / Daniel Ziemer (Hrsg.)

Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“
1939 – 1945

Schriftenreihe Band 10166

Peter Jahn / Florian Wieler / Daniel Ziemer (Hrsg.)

Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939–1945

Ereignisse und Erinnerung

Herausgegeben im Auftrag
der Initiative Gedenkort für die
Opfer der NS-Lebensraumpolitik

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Angaben zu den Herausgebern und Autoren finden sich auf S. 193 ff.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Bonn 2017
Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

© 2017 Metropol Verlag Berlin

Umschlaggestaltung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf
Umschlagfoto: © bpk/Wolff Tritschler. Rückzug deutscher Truppen vor der Roten Armee – die Taktik der „verbrannten Erde“ hinterlässt vollständige Verwüstung.

Abbildung S. 196: Handgezeichnete und handkolorierte Kartenskizze, Marienberg/ Sachsen, 4. April 1943, Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: Do 61/144

Druck: buchdruckerei.de, Berlin

ISBN 978-3-7425-0166-0

www.bpb.de

Inhalt

Gernot Erler
Vergessene Opfer
Ein Grußwort 7

Florian Wieler · Daniel Ziemer
„Den vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges ein Gesicht geben“
Einführung 11

Ulrich Herbert
„Barbarossa“
Strategische Planungen und politische Vorentscheidungen, Juni 1940 – Juni 1941 21

Wolfgang Wippermann
„Lebensraum im Osten“
Bedeutung – Erfindung – Planung 47

Christoph Dieckmann
NS-Lebensraumideologie und deutsche Besatzungsrealität in Polen und der Sowjetunion 69

Johannes Hürter
Krieg ist Krieg?
Deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich und der Sowjetunion 1940/41–1944 91

Milan Ristović
Serbien 1941
Zwischen Okkupation, Widerstand,
Repressalien und Bürgerkrieg 111

Axel Schildt
Kriegserinnerung im Kalten Krieg
Antikommunismus und die Auseinandersetzung
mit dem Krieg im Osten in der frühen Bundesrepublik 137

Peter Jahn
Vernichtungskrieg im Osten
Deutsche Erinnerung seit den 1980er-Jahren 159

Dokumente zur nationalsozialistischen Lebensraumpolitik
und zur Praxis des Vernichtungskrieges 171
Ausgewählte Literatur 191
Die Autoren 193

Gernot Erler

Vergessene Opfer

Ein Grußwort

Es gibt eine Vergangenheit, die nicht vergehen wird und niemals verdrängt werden darf – auch nicht nach 70 oder 80 Jahren. Die Erinnerung an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg und an die Opfer des „Unternehmens Barbarossa" verknüpfen sich mit Zahlen, die einen stets aufs Neue fassungslos machen: 26 Millionen getötete Sowjetbürger, davon 15 Millionen Zivilisten. 5,8 Millionen Opfer des Holocaust. Drei Millionen nichtüberlebende sowjetische Kriegsgefangene – also mehr als jeder zweite von den insgesamt 5,7 Millionen Gefangenen. Etwa eine Million Tote bei der erbarmungslosen Belagerung der 3-Millionen-Stadt Leningrad, die meisten davon verhungert. Über eine Million Opfer durch die Zerstörung Hunderter von Dörfern und die Politik der „verbrannten Erde" beim militärischen Rückzug in der Ukraine, in Weißrussland, Russland und in Polen. Und diese Statistik ist in keiner Weise vollständig.

Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion war geplant – als „rassenideologischer Vernichtungskrieg" gegen die „slawischen Untermenschen" und ihre „jüdisch-bolschewistische" Führungskaste. Es sollte neuer „Lebensraum im Osten" für die überlegene germanische Rasse geschaffen werden. Dafür gab es Umsiedlungspläne in monströser Dimension, mit der Einplanung von bis zu 20 Millionen Toten. Es gab Erlasse und Befehle, die alle Regeln eines konventionellen Krieges außer Kraft setzten und völkerrechtswidriges Verhalten legitimieren sollten, etwa der „Erlass über die Kriegsgerichtsbarkeit" vom Mai 1941 oder der „Kommissarbefehl" vom Juni desselben Jahres, dem 10 000 sowjetische Politkommissare zum Opfer

fallen sollten. Noch viel dramatischer, was die Folgen angeht, waren die Anweisungen zur Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener. Der Weg zu einem bisher noch nicht dagewesenen „Prozess der Barbarisierung, der Verrohung und Enthemmung" (Ulrich Herbert) war damit vorgezeichnet.

Ein Land mit einer solchen Vergangenheit im Gepäck muss Leistungen an die Opfergruppen erbringen. Der Begriff „Wiedergutmachung" erscheint dabei als unangebrachter Euphemismus – was sollte denn bei Art und Umfang der genannten Verbrechen wieder gutgemacht werden können? Aber Anerkennung des Unrechts, Entschuldigung für das verursachte Leid und symbolische Entschädigungszahlungen, das ist das mindest Erwartbare. Es hat einen solchen Prozess gegeben. Er hat seine eigene Geschichte, die von großen Verzögerungen und einer selektiven Herangehensweise geprägt ist. Es hat Leistungen an Opfer des Holocaust, an KZ-Insassen und Zwangsarbeiter gegeben. Aber erst 70 Jahre nach Kriegsende und nach endlosen Auseinandersetzungen konnte man sich in Deutschland auch zu einer eher symbolischen Geste gegenüber den wenigen noch Lebenden aus der Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen aufraffen.

Neben der Entschädigungsfrage steht vor allem die Entwicklung einer angemessenen Erinnerungskultur im Vordergrund. Auch dies war und ist in Deutschland ein äußerst komplizierter Prozess mit mehreren unterschiedlichen Etappen – die Beiträge von Axel Schildt und Peter Jahn in diesem Band zeichnen diesen Prozess nach. Die Schrittfolge bleibt dabei immer dieselbe: Erst schafft die Wissenschaft belastbare und zugängliche Grundlagen zu einem Verbrechens- und Opferkomplex, dann ergreifen zivilgesellschaftliche Organisationen die Initiative und treten für die Schaffung eines öffentlichen Erinnerungsortes ein, mit zeitlichem Abstand nimmt die Politik über Beschlüsse des Bundestages oder der Bundesregierung diese Anstöße auf, dann begleiten oft in aller Öffentlichkeit ausgetragene Kontroversen die Gestaltung eines solchen Erinnerungsortes, bis es irgendwann zu seiner feierlichen Einweihung kommt.

Die prominentesten vier Erinnerungsorte mit Bezug zu dem Komplex nationalsozialistischer Verbrechen wurden alle in der Mitte Berlins in Sichtweite des Brandenburger Tors im Gebiet oder am Rande des östlichen Tiergartens platziert. Gemeint sind:

- Das *Denkmal für die ermordeten Juden Europas*, auch Holocaust-Denkmal genannt, erstmals 1988 vorgeschlagen, durch den Bundestag 1999 beschlossen und im Mai 2005 eröffnet;
- Das *Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen*, im Bundestag 2003 beschlossen und im Mai 2008 eröffnet;
- Das *Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma*, von der Bundesregierung 1992 beschlossen und nach langen Auseinandersetzungen im Oktober 2012 der Öffentlichkeit übergeben;
- und der *Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie"-Morde*, nach einer Bundestagsentscheidung Ende 2011 dann im September 2014 eröffnet.

Auffällig ist, dass für eine sehr große Gruppe, nämlich für alle Opfer von Hitlers „Lebensraum"-Politik, eine öffentliche Erinnerungsstätte bisher fehlt. Zu dieser Opfergruppe, zu der mehr als 5 Millionen Menschen in Polen und der Sowjetunion gehören, zählen die 3 Millionen nichtüberlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen, die Hungertoten von Leningrad und alle zivilen Opfer des deutschen Vernichtungsfeldzugs im Osten. Auskunft zu diesem Teil der NS-Verbrechen findet man zwar seit 1995 im *Deutsch-Russischen Museum Karlshorst*, aber alle bisherigen Bemühungen, eine Gleichbehandlung dieser Opfergruppe mit den anderen genannten zu erreichen, sind bisher gescheitert. Der Berliner Historiker Peter Jahn, selbst elf Jahre lang Leiter des Karlshorster Museums, gab 2011 den Anstoß, und 2013 gründete sich in Berlin die Initiative *Gedenkort für die Opfer der NS-„Lebensraum"-Politik*, zu deren 32 Erstunterzeichnenden namhafte Historiker, Politiker und

Journalisten gehören. Der ausdrückliche Leitgedanke dieser Gruppe ist es, den bisher vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges eine Stimme und ein Gesicht zu geben. Im Dezember 2014 kam Unterstützung durch eine *Entschließung des Arbeitskreises I der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten*, die in dieselbe Richtung ging und die Unterschrift von 34 Institutionen trägt. Der *Ausschuss für Kultur und Medien* des Deutschen Bundestages ist seit einiger Zeit mit einem einschlägigen Antrag für eine angemessene Gedenkstätte befasst, konnte sich aber bisher noch nicht zu einer positiven Beschlussfassung durchringen.

In diesem Kontext steht der vorliegende Sammelband, der Vortragsmanuskripte und Artikel von neun verschiedenen Autoren zu einem vergleichenden Blick auf ganz verschiedene Aspekte von Hitlers „Lebensraum"-Politik vereint. Dabei stehen die Schicksale der Opfer des „Unternehmens Barbarossa" im Vordergrund, und das immer wieder sehr konkret und nicht anonymisiert in bloßen Statistiken. Jeder der Texte liefert gute Argumente dafür, einen zentralen Erinnerungsort für diese Opfergruppe zu schaffen, wie es seit Jahren vorgeschlagen und gefordert wird. Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, die „Lebensraum"-Opfer auszugrenzen, deren Schicksal nicht minder tragisch verlief als das anderer Opfergruppen, derer zu gedenken durch eigene Erinnerungsstätten ermöglicht und gefördert wird. Dieser „Erinnerungsschatten" lässt die deutsche Erinnerungskultur in Sachen NS-Zeit und Zweiter Weltkrieg in einem wichtigen Punkt defizitär erscheinen – und das ohne Not.

Man wünscht sich, dass dieses Buch dazu beitragen möge, dieses Erinnerungsdefizit möglichst bald auszugleichen.

Florian Wieler · Daniel Ziemer

„Den vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges ein Gesicht geben“

Einführung

Im September 1941, vier Monate nach dem Beginn des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion, gerät der Rotarmist F. Koshedub bei Kämpfen kaum 50 Kilometer entfernt von seinem nordukrainischen Heimatdorf in deutsche Kriegsgefangenschaft. Für ihn beginnt eine Reihe endloser Transporte, die schließlich im Stalag 336 endet, einem großen Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht im litauischen Kaunas. Einen Monat nach Beginn seiner Gefangenschaft richtet er am 19. Oktober 1941 aus dem Lager einen verzweifelten Brief an seine Familie:

> „Ich habe Euch viele Briefe geschrieben, aber ich habe keine Hoffnung, dass Ihr sie erhalten habt. [...] Seitdem ich von zuhause weg bin, hungre ich, und ich lebe die letzten Tage. [...]
> Ich befinde mich unter freiem Himmel in einer Grube oder in einer Höhle oder in einem Keller. [...]
> Wir werden mit Stöcken und Stahlruten zur Arbeit getrieben, bekommen aber keine Zusatzkost. Wir haben Millionen Läuse. [...] Es ist kalt, matschig und schmutzig. Jeden Tag sterben 200 bis 300 Mann. In einer solchen Lage befinde ich mich also, und meine Tage sind gezählt. Retten kann mich nur ein Wunder.“[1]

1 Zitiert nach: Helma Kaden (Hrsg.), Dokumente des Verbrechens: aus Akten des Dritten Reiches 1933–1945, Bd. 3, Dokumente Juni 1941–1945, Berlin 1993, S. 52 f.

Sowjetischen Kriegsgefangenen war es nicht erlaubt, Briefe nach Hause zu schreiben. Trotzdem versuchten viele Gefangene, ein Lebenszeichen auf den Weg zu bringen. Sie warfen sie aus dem fahrenden Zug, hinterlegten sie an ihrer Arbeitsstelle oder ließen sie beim Marsch durch die Straßen fallen in der Hoffnung, dass jemand diese Zeilen fände und sie weitertransportiere.

Allein in den Lagern des Stalag 336 in Kaunas, aus dem Koshedub schrieb, starben rund 35 000 sowjetische Kriegsgefangene. Insgesamt kamen bereits bis Frühjahr 1942 zwei Drittel der rund drei Millionen Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft ums Leben. Die meisten von ihnen waren verhungert.

Nicht nur das weitere persönliche Schicksal F. Koshedubs ist heute unbekannt. Auch das, was er so bedrückend schilderte, die katastrophalen Bedingungen in den von der Wehrmacht eingerichteten Kriegsgefangenenlagern und der systematische Essensentzug, die zum massenhaften Hungersterben führten, blieben in Deutschland nach 1945 und bis in die jüngste Zeit weitgehend unbeachtet. Genauso wenig in den Blick rückte das Schicksal weiterer Bevölkerungsgruppen in Ostmittel- und Osteuropa, die den mörderischen Konsequenzen des deutschen Vernichtungskrieges zum Opfer fielen: Ermordete polnische Intellektuelle, verbrannte weißrussische Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner, verhungerte Einwohnerinnen und Einwohner Leningrads werden im kollektiven Gedächtnis der Deutschen bis heute nur am Rande wahrgenommen. All diesen Menschen war gemeinsam, dass sie in der nationalsozialistischen Ideologie zu „rassisch minderwertigen" Slawen erklärt wurden und ihre Heimat zum künftigen „deutschen Lebensraum".

Im Herbst 2014 fand der verzweifelte Brief Koshedubs an seine Familie ein spätes öffentliches Gehör in Deutschland, dem Land der Täter. Der Schauspieler Ulrich Matthes trug den Brief im Rahmen einer öffentlichen Gedenklesung vor dem sowjetischen Ehrenmal im Berliner Tiergarten vor. Neben ihm lasen die Schriftsteller Per Leo und Katja Petrowskaja, die Publizistin Lea Rosh, die Berliner General-

superintendentin Ulrike Trautwein und andere aus persönlichen Zeitzeugenberichten, Tagebüchern und Erinnerungen von osteuropäischen Opfern des deutschen Vernichtungskrieges. Im Anschluss stellten die an der Gedenklesung Teilnehmenden fünf großformatige Porträts an der Straße des 17. Juni in Berlin auf, direkt gegenüber dem Sowjetischen Ehrenmal. Die Porträts zeigen fünf Menschen stellvertretend für die über fünf Millionen Opfer des Vernichtungskrieges in Polen und der Sowjetunion: Ignat Babitsch und Grigorij Fomenko starben als sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam. Tatjana Sawitschewa war eine der etwa 800 000 Menschen, die an den Folgen des Hungers im belagerten Leningrad starben. Wanda Jaskewitsch starb als 19-Jährige im weißrussischen Dorf Chatyn bei einer Mordaktion deutscher Einheiten. Piotr Sosnowski, ein polnischer Geistlicher, wurde bereits kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges im Oktober 1939 ermordet.[2]

Zu der Gedenklesung aufgerufen hatte die 2013 gegründete Initiative *Gedenkort für die Opfer der NS-„Lebensraum“-Politik* unter dem Leitgedanken „Den vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges eine Stimme und ein Gesicht geben“.

Bereits 2011 hatte der Historiker Peter Jahn, bis 2006 Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, in einem Artikel für *Die Zeit* erstmals angeregt, in unmittelbarer Nähe des Sowjetischen Ehrenmals im Tiergarten einen Ort der Erinnerung für jene Millionen Menschen zu schaffen, die unter der Prämisse des antislawischen Rassismus zwischen 1939 und 1945 ermordet worden waren. Zwei Jahre später unterzeichneten zahlreiche Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft seinen Aufruf zur Errichtung eines solchen Gedenkortes. Seitdem findet das Ziel der Initiative immer breitere Unterstützung: Der Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in

2 Zu diesen und weiteren Biografien sowie ergänzender Literatur vgl. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst/Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Hrsg.), Aus dem Schatten der Erinnerung. Vergessene Opfer des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion, Berlin 2011.

Berlin-Brandenburg forderte Ende 2014 die Schaffung eines Denkmals mit einer eigenen Resolution, der sich auch die Leiter der KZ-Gedenkstätten in Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Neuengamme und dem NS-Dokumentationszentrum München anschlossen. Sie alle sind überzeugt, dass trotz allen öffentlichen Interesses und trotz der mittlerweile ausdifferenzierten Gedenkkultur an die NS-Diktatur ein wesentliches Kapitel der nationalsozialistischen Terrorherrschaft immer noch „in einem Erinnerungsschatten" steht, wie es der damalige Bundespräsident Joachim Gauck am 6. Mai 2015 im Verweis auf die drei Millionen ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen formulierte. Der erinnernde, empathische Blick in den Osten Europas, an die fern von der heutigen Bundesrepublik umgekommenen Menschen, bleibt vielen bisher verschlossen. Dabei mangelt es nicht mehr an wissenschaftlichen Erkenntnissen über diese Verbrechen. Was allerdings fehlt, ist ein starkes Symbol an einem prominenten Ort, der ausdrücklich dem Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen „Lebensraum"-Politik gewidmet ist.

Eine der bekanntesten Formen öffentlich-räumlicher Gedenkzeichen, die „Stolpersteine", erinnern jeweils ortsgebunden an das Schicksal einzelner Menschen im Nationalsozialismus. Meist sind sie vor deren letztem selbst gewählten Wohnort ins Pflaster eingebracht und stellen so eindrücklich eine Nähe zu den Opfern aus der eigenen Stadt, gar dem eigenen Straßenzug her. Gleichwohl lebte die große Mehrzahl der in der Shoah ermordeten Juden in Polen und der Sowjetunion und wurde dort ermordet – an sie kann heute kein Stolperstein im Land der Täter erinnern. Dies gilt ebenso für nicht-jüdische Opfer der nationalsozialistischen „Lebensraum"-Politik, für polnische, belarussische, ukrainische und russische Frauen, Männer und Kinder. Die räumliche Entfernung der Tatorte des deutschen Vernichtungskrieges ist sicherlich eine Ursache, warum bis heute in Deutschland die Kenntnis dieser Verbrechen gering ist. Die zivilen Opfer des SS-Massakers an der Dorfbevölkerung im belarussischen Chatyn oder der brutalen Niederschlagung des Warschauer Aufstands 1944 oder des Wehrmacht-

Todeslagers Osaritschi in der Endphase des Krieges lebten und starben außerhalb des Staates der Täter. Für sie kann es keinen authentischen Ort der Erinnerung in Deutschland geben.

Auch deshalb sind in den vergangenen Jahren auf Beschluss des Deutschen Bundestages übergreifende zentrale Gedenkorte in unmittelbarer Nähe sowohl der früheren Schaltstellen der Täter als auch der Orte der heutigen politischen Verantwortungsträger im Zentrum der Bundeshauptstadt entstanden. Viele Hunderttausende Menschen besuchen jährlich das *Denkmal für die ermordeten Juden Europas* sowie die anderen zentralen Gedenkorte, jenen für die ermordeten Sinti und Roma, für die verfolgten Homosexuellen und jenen für die Opfer der „Euthanasie“-Morde. Die von manchen gehegte Befürchtung, dass je eigene Denkmäler für die verschiedenen NS-Opfergruppen das Gedenken insgesamt entwerten würden, hat sich längst als falsch erwiesen. Vielmehr haben die errichteten Gedenkorte und ihre pointierten Informationsangebote dazu beigetragen, die kollektive Erinnerung zu differenzieren und zu schärfen.

Gleichwohl gibt es in diesem Gedenkensemble bis heute keine sichtbare Erinnerung an eine der größten Opfergruppen nationalsozialistischer Verbrechen, keinen Gedenkort für die Opfer des NS-Vernichtungskrieges in Osteuropa. Die Bundesrepublik Deutschland würde mit einem solchen Ort nach außen wie auch nach innen zeigen, dass wir Deutschen unsere historische Verantwortung auch gegenüber diesen Opfern ernst nehmen, dass uns die Erinnerung an sie auch 70 Jahre später wichtig ist.

Deshalb tritt die Initiative *Gedenkort für die Opfer der NS-„Lebensraum“-Politik* seit 2013 mit Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit für einen Erinnerungsort im Berliner Zentrum ein, um das Schicksal dieser Opfer im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit stärker zu verankern. Sie sieht sich dabei im Einklang mit der historischen Forschung, die beginnend Ende der 1970er-, verstärkt dann aber in den 1990er-Jahren auf die osteuropäischen Opfer des deutschen Vernichtungskrieges aufmerksam machte.

Vor diesem Hintergrund besteht einerseits die Notwendigkeit, sich die Forschungsergebnisse über die Ereignisse, die das Gedächtnis und das Leben der Menschen in Ostmittel- und Osteuropa bis heute prägen, immer wieder zu vergegenwärtigen. Andererseits sollten auch neue wissenschaftliche Perspektiven Berücksichtigung finden. Deshalb organisierte die Initiative, gefördert von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", in den Jahren 2015 und 2016 eine Vortragsreihe, in deren Rahmen renommierte Historiker ihre jeweiligen Forschungen zu Teilaspekten nationalsozialistischer Vernichtungspolitik in Osteuropa darstellten. Auf diese Weise wurde an wechselnden Orten auch die Diskussion mit der interessierten Öffentlichkeit gesucht, um so das Projekt eines zentralen Erinnerungsortes auf ein breites Fundament zu stellen.

Dieser Aufsatzband dokumentiert die Vorträge der Referenten. Die Vortragstexte der Reihe werden begleitet von zwei thematisch ergänzenden Beiträgen. Den inhaltlichen Auftakt bildet ein Vortrag, den Ulrich Herbert im Oktober 2016 im Rahmen des Begleitprogramms zu einer Ausstellung in der Berliner Stiftung Topographie des Terrors gehalten hat. Darin erläutert er den Kontext der Planungen zum „Fall Barbarossa", dem Überfall auf die Sowjetunion, seit dem Sommer 1940. Er berücksichtigt dabei besonders die strategischen Bedingungen, die sich für das Deutsche Reich aus den bis dahin bereits erfolgten Angriffskriegen gerade auch in Westeuropa ergaben. Ein Blick auf die kolonialistischen Vorstellungen innerhalb der deutschen Führung zeigt die Verbindung dieser Bedingungen mit der Rassenideologie als ideengeschichtliche Voraussetzung des Vernichtungskrieges. Letztere untersucht Wolfgang Wippermann eingehend in seinem Aufsatz zur Entstehung und Bedeutung der Chiffre „Lebensraum im Osten". Er zeigt, dass die antisemitischen, antislawischen und geopolitischen Ideologien des Nationalsozialismus auf eine längere Tradition unter den deutschen Intellektuellen blicken konnten. So fand die Vorstellung eines „deutschen Lebensraums" großen Rückhalt innerhalb der Bevölkerung.

Dass die Besatzungsrealität in Polen und der Sowjetunion auch von pragmatischen und taktischen Überlegungen geprägt war, legt Christoph Dieckmann dar. Er weist vor allem am Beispiel Litauens darauf hin, dass die Planungen einer weitreichenden Siedlungspolitik bald dem kriegswirtschaftlichen Primat unterworfen wurden und Opportunismus eine große Rolle für die konkrete Ausgestaltung der Vernichtungspolitik spielte. Johannes Hürter fragt ausgehend von einem Vergleich zwischen der deutschen Besatzungsherrschaft in Frankreich und der in der Sowjetunion danach, welches Gewicht dem Rassismus und der „Lebensraum“-Ideologie für die unterschiedliche Ausgestaltung der Besatzungsregime zukamen. Die spezifische Dynamik der Verbrechen gegenüber der osteuropäischen Bevölkerung und den sowjetischen Kriegsgefangenen stellt er als wesentlich ideologisch motiviert heraus.

Die nationalsozialistische Kriegführung und der Besatzungsterror gegenüber einer rassistisch als „slawisch“ konnotierten Bevölkerung fand auch in Südosteuropa statt, abseits der wesentlichen Zielrichtung der deutschen „Lebensraum“-Ideologie. Wie sich die Situation in Serbien gestaltete und wie sie sich im Verlauf der Besatzungsherrschaft veränderte, stellt Milan Ristović in seinem Beitrag dar. Er räumt auch den Entwicklungen innerhalb des Widerstandes und der deutschen Bündnispolitik Platz ein. Genau wie die osteuropäischen Opfer entziehen sich auch die südosteuropäischen bislang einer breiteren Aufmerksamkeit im Diskurs deutscher Erinnerungspolitik.

Die beiden letzten Artikel widmen sich schließlich der erinnerungspolitischen Situation nach 1945. Axel Schildt legt das Hauptaugenmerk auf die Kontinuitäten der antisowjetischen bzw. -russischen Feindbilder zwischen dem Deutschen Reich und der jungen Bundesrepublik der 1950er-Jahre. Er zeigt, wie es mithilfe alter Feindbilder möglich wurde, die Deutschen zu Opfern des selbst begonnenen Krieges sowie dessen Ausgang zu stilisieren. Anschließend zeichnet Peter Jahn die Dynamik nach, mit der die deutschen Verbrechen im Osten Europas seit dem Ende der 1970er-Jahre einer zunehmend

breiteren Öffentlichkeit bewusst wurden. Gleichzeitig legt er dar, dass die öffentliche Wahrnehmung der verschiedenen Opfergruppen von unterschiedlichen Faktoren abhängig war und ist. In diesem Zusammenhang wird schließlich deutlich, dass eine Würdigung aller Opfer trotz der bestehenden Widerstände eine zentrale erinnerungspolitische Aufgabe ist.

Den Abschluss des Bandes bildet eine Zusammenstellung von Quellen. Sie dokumentieren in chronologischer Reihenfolge schlaglichtartig Ideologie und Planung nationalsozialistischer „Lebensraum"-Politik sowie die tatsächliche Praxis von Terror und Massenmord.

Die unterschiedlichen Perspektiven und Schwerpunktsetzungen der hier versammelten Aufsätze veranschaulichen die Komplexität, die bei genauerer Betrachtung der Hintergründe der nationalsozialistischen Verbrechen zutage tritt. Der dokumentarische Teil des Bandes bestätigt diesen Eindruck. Dadurch wird zugleich deutlich, wie wichtig die Bereitstellung und Vermittlung von Informationen im Rahmen des Gedenkens sind. Die bereits bestehenden Gedenkorte am Berliner Tiergarten haben dafür eindrückliche Darstellungsformen gefunden. Eine Berücksichtigung auch der Opfer der NS-„Lebensraum"-Politik in diesem Ensemble ist in den letzten Jahren von einer Hoffnung zu einem in näherer Zukunft erreichbar erscheinenden Ziel geworden. Den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern der Initiative gebührt daher herzlichster Dank.

An erster Stelle sei der Verein KONTAKTE-KOHTAKTbI genannt, der sich seit seiner Gründung für die Beziehungen der Bundesrepublik zu den ehemaligen Ländern der Sowjetunion einsetzt. Nicht nur hat die Initiative in seinen Räumen einen Ort der Entfaltung gefunden, namentlich Eberhard Radczuweit und Sibylle Suchan-Floss standen und stehen ihr jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. Der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" ist aufgrund ihrer zentralen Rolle bei der Finanzierung der Vortragsreihe und dieser Publikation zu danken. Den Gedenkstätten im Berliner und Brandenburger Raum, allen voran die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und

die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit ihren Leitern Günter Morsch und Uwe Neumärker, dankt die Initiative für ihre beherzte Unterstützung in den letzten Jahren. Der Stiftung Topographie des Terrors, dem Deutschen Historischen Museum, der Evangelischen Landeskirche sowie dem Centre Marc Bloch sei herzlich für die Möglichkeit zur Nutzung ihrer Räumlichkeiten und die ausgezeichnete Zusammenarbeit gedankt.